

Kommentartext „Gründung beider deutscher Staaten“

1. Kapitel: Besatzungspolitik in vier Zonen

Am 8. Mai 1945 war der 2. Weltkrieg in Europa zu Ende. Hitler hatte sich Tage zuvor erschossen, das so genannte Dritte Reich hatte kapituliert, die Alliierten Deutschland besiegt und endgültig von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft befreit. Die Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich teilten die besiegte Hauptstadt Berlin und ganz Deutschland in vier Besatzungszonen.

Doch mit dem Sieg über Hitler-Deutschland traten die unterschiedlichen Interessen der Alliierten in den Vordergrund. Die durch den Krieg stark geschwächte Sowjetunion wollte möglichst umfangreiche Reparationsleistungen, vor allem durch die Demontage von Industrieanlagen, aus Deutschland erhalten. Ähnliche Interessen verfolgten Frankreich und Großbritannien. Es gab Bestrebungen, Deutschland, welches zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert die Welt in einen Krieg gestürzt hatte, dauerhaft zu entmilitarisieren und zu einem reinen Agrarstaat zu machen.

Die USA verfolgten unterdessen ihre Vision der „one world“, einer weltumspannenden Ordnung unter der Vorherrschaft und den Idealen der USA mit einem an den amerikanischen wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten starken Europa. Dem gegenüber stand das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System des Kommunismus nach Vorstellung der Sowjetunion.

Die gemeinsame Besatzungspolitik zerbrach endgültig auf der Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945. Die Staatschefs der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens, Truman, Stalin und Churchill, waren sich in wesentlichen Fragen uneinig. Hindernisse waren vor allem die Grenzfragen in Polen und Wiedergutmachungszahlungen an die Siegermächte.

Die Sowjetunion beanspruchte Gebiete im Osten Polens für sich und bestand auf entsprechend hohen Leistungen Deutschlands als Reparationszahlungen für die Kriegsschäden in der Sowjetunion. Man einigte sich auf die Oder-Neiße-Grenze. Die ehemaligen deutschen Gebiete Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Schlesien gingen aus dem deutschen Reich an Polen, Teile Ostpreußens wurden unter sowjetische Verwaltung gestellt.

Ebenso wurden in Potsdam die Kriegsziele der Alliierten umgesetzt. Für Nachkriegsdeutschland wurden die „vier Ds“ beschlossen:

- Demilitarisierung: militärische Verbände und die Kriegswirtschaft wurden aufgelöst.
- Denazifizierung: die NS-Organisationen wurden zerschlagen und gegen führende Nazis und Kriegsverbrecher Gerichtsverfahren eröffnet.
- Demontage: die Besatzungsmächte konnten Industrieanlagen abbauen.
- Demokratisierung: demokratische Grundlagen sollten geschaffen werden.

2. Kapitel: Unüberwindbare Gegensätze

Nach der Potsdamer Konferenz begann die Sowjetunion in der von ihr verwalteten Besatzungszone mit Reformen nach sozialistischem Vorbild. In einer Bodenreform wurde Grundbesitz über 100ha entschädigungslos enteignet und die Grundstücke Landarbeitern, Kleinbauern, Vertriebenen und Gemeinden übertragen.

1946 wurde in der sowjetischen Zone die SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, SED, zwangsvereinigt. Stalin förderte in den Ländern des östlichen Mitteleuropas die Entstehung von Volksdemokratien nach sowjetischem Vorbild.

Diese Vorgänge erzeugten Misstrauen bei den Westmächten. Zudem setzte die USA nach wie vor auf wirtschaftliche Entwicklung. Für die westlichen Alliierten zeigte die Not im harten Winter 1946/47, dass sich Deutschland ohne funktionierende Wirtschaft nicht versorgen konnte. Die USA und Großbritannien lieferten Lebensmittel und so genannte „Care-Pakete“.

Um Hindernisse im Personen- und Warenverkehr abzubauen, schlossen sich Briten und Amerikaner im Januar 1947 zur Bizone zusammen. Nach anfänglichen Widerständen Frankreichs schloss sich später die französische Besatzungszone an – aus der Bi- wurde die Trizone.

3. Kapitel: Von der Besatzungspolitik zur Blockbildung

Die europäischen Staaten – besiegte gleichermaßen wie siegreiche – waren durch die verheerenden Kriegsschäden in Not. Auch um den Einflussbereich der Sowjetunion einzudämmen, legten die USA ein wirtschaftliches Hilfsprogramm für die europäischen Staaten auf. Die nach einer Rede des US-Präsidenten benannte Truman-Doktrin bezeichnet die US-Politik, nach der Hilfeempfänger ein demokratisches Gesellschaftsmodell und Wirtschaftssystem nach westlichem Muster annehmen müssen. Die USA stellten einen Plan für dieses europäische Hilfsprogramm auf: Den Marshall-Plan.

Nach diesem Plan sollten Staaten Lebensmittel, Waren, Rohstoffe und Kredite für den wirtschaftlichen Wiederaufbau erhalten. Die unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden Regierungen, wie zum Beispiel Polen und die Tschechoslowakei, lehnten nach anfänglichem Interesse eine Teilnahme ab.

Als Schritt hin zur Marktwirtschaft in den Westzonen wurde im Juni 1948 die Deutsche Mark als neue Währung eingeführt. Mit ihr kamen quasi über Nacht wieder Waren in die Schaufenster Westdeutschlands.

Wenige Tage später wurde auch in der sowjetischen Besatzungszone das alte Geld entwertet und die Ostmark offizielles Zahlungsmittel. Die Sowjetunion wollte die Ostmark in ganz Berlin einführen. Die Westmächte führten jedoch die D-Mark in ihren Berliner Zonen ein.

Das führte zu einer weiteren Verschärfung des Ost-West-Konflikts. Die Sowjetunion sah das Potsdamer Abkommen verletzt und reagierte mit der Unterbrechung des Transitweges nach Westberlin in den Jahren 1948 und 49 entsprechend hart. Die Westmächte richteten eine so genannte Luftbrücke ein und versorgten ihre Stadtsektoren mit allen Waren, Gütern und Lebensmitteln im Pendelverkehr aus der Luft. Die von den Westberlinern als „Rosinenbomber“ bezeichneten Flugzeuge landeten im Dreiminutentakt.

4. Kapitel: Zwei deutsche Staaten entstehen

Die Besatzungszonen in Deutschland waren bereits im Frühjahr 1948 so umfassend in die Blockbildung der Westmächte und der Sowjetunion eingebunden, dass die Bildung zweier deutscher Staaten nur noch eine Frage der Zeit war. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Benelux-Staaten machten auf einer Konferenz in London den ersten Schritt zur Bildung eines westdeutschen Teilstaates. Die Sowjetunion trat daraufhin aus dem Alliierten Kontrollrat aus.

Basis für einen Teilstaat westlicher Prägung war die Erarbeitung einer Verfassung. Der Parlamentarische Rat trat am 1. September 1948 zusammen und erarbeitete einen Entwurf, in dessen Präambel der Wunsch nach einer Wiedervereinigung Deutschlands bekundet wurde. Das so genannte Grundgesetz wurde am 23. Mai 1949 verkündet, auf dessen Grundlage die Bundesrepublik Deutschland entstehen konnte.

Mitte August 1949 fanden die ersten freien Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Erster westdeutscher Bundespräsident wurde Theodor Heuss (FDP) und Bundeskanzler wurde der CDU-Politiker Konrad Adenauer.

Auch in der sowjetischen Besatzungszone entstand eine Verfassung, der vom so genannten Volkskongress beauftragte Deutsche Volksrat erarbeitete einen Entwurf. Nach Wunsch der Initiatoren sollte dies die Verfassung aller Deutschen sein.

Zur ersten Volkskammerwahl am 15. Oktober 1950 standen nicht einzelne Parteien, sondern lediglich eine fertige Wahlliste als Einheitsliste zur Wahl, aus der die SED als Regierungspartei siegreich hervorging. Die SED-Politiker Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl wurden 1949 zum ersten Bundespräsidenten und Ministerpräsidenten der DDR.

Die Teilung Deutschlands in zwei Nationalstaaten war somit eingeleitet, wobei die Bundesrepublik die DDR erst im Grundlagenvertrag von 1972 als souveränen Staat anerkannte.

5. Kapitel: Eine eiserne Grenze im geteilten Deutschland

Durch Europa zog sich nun ein „eiserner Vorhang“, gebildet von den gegnerischen Blöcken. Die Gründung beider deutscher Staaten kann als Beginn einer bipolaren Welt betrachtet werden: Auf der einen Seite der Ostblock um die Sowjetunion, auf der anderen die USA mit ihren westlichen Verbündeten.

Man bezeichnet die „Ära“ des Wettrüstens zwischen den entsprechend entstandenen Militärblöcken NATO und so genanntem Warschauer Pakt als „kalten Krieg“, in dessen Verlauf die Weltmächte mehrfach am Rande eines erneuten Weltkrieges standen.

Trauriger Tiefpunkt der deutsch-deutschen Beziehungen war der Bau der Mauer auf Seiten der DDR um den Westteil Berlins im Jahre 1961. Die Spaltung Deutschlands ging so tief, dass die ostdeutsche Bevölkerung keine Reisefreiheit für westliche Staaten und die Bundesrepublik besaß.

Erst die Reformen und der Zusammenbruch der Sowjetunion sowie deren verbündeter Regierungen im östlichen Europa Ende der 1980er Jahre beendeten diese Blockbildung.

Nun war der Weg frei für die friedliche Wiedervereinigung beider deutscher Staaten auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Der 2+4-Vertrag der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten regelte die Bedingungen für die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990.

6. Kapitel: Zusammenfassung

Am 8. Mai 1945 hatte Nazi-Deutschland kapituliert und war vom Hitler-Regime befreit. In Europa herrschte wieder Frieden. Deutschland wurde von den Siegermächten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. In

- die sowjetische,
- die amerikanische,
- die britische
- und die französische Besatzungszone.

Auf der Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945 formulierten für die Siegermächte die Staatschefs der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens – Truman, Stalin und Churchill – die Umsetzung der Kriegsziele der Alliierten:

- Demilitarisierung
- Denazifizierung
- Demontage
- Demokratisierung

Der Marshall-Plan setzte die nach einer Rede des US-Präsidenten benannte Truman-Doktrin um, nach der Empfänger von Waren und Krediten ein demokratisches Gesellschaftsmodell und Wirtschaftssystem nach westlichem Muster annehmen müssen.

Nach der Einführung von Verfassungen in beiden deutschen Staaten bilden sich

- der Bundestag in der BRD durch freie Wahlen
- und die Volkskammer in der DDR durch eine Einheitsliste.

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten in Osteuropa wurden in Deutschland die

- friedliche Revolution
- und die Wiedervereinigung möglich.